

A n t r a g

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Aufarbeitung des SED-Unrechts fortsetzen - Zeitgemä- ße Erinnerungskultur befördern

I. Der Landtag stellt fest:

- Am 13. August 2021 wurde entlang der vormaligen innerdeutschen Grenze des Mauerbaus durch die DDR-Regierung und der Opfer gedacht, die durch die Teilung Deutschlands und das tödliche DDR-Grenzregime ums Leben gekommen sind.
- Innerhalb des Freistaats Thüringen erstellten eine Vielzahl von Trägern der Erinnerungskultur sowie der politischen Bildung ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm, um in angemessener Weise an die Teilung Deutschlands und die damit verbundenen Opfer zu erinnern.
- Für Thüringen begann der lange Weg zum Mauerbau bereits mit der "Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen" vom 26. Mai 1952. Auf dieser Grundlage regelte die DDR-Staatsführung die Demarkationslinie zur Bundesrepublik Deutschland ab. Flankiert wurde diese Abriegelung durch Zwangsaussiedlungen, die das durch die Teilung Deutschlands verursachte Leid zusätzlich verstärkten.
- Die Erinnerung an die Schließung der innerdeutschen Grenze (der lange Weg zum Mauerbau) in Thüringen, die sich im Jahr 2022 zum 70. Mal jährt, sowie die Erinnerung an den sich im Jahr 2023 zum 70. Mal jährenden Aufstand vom 17. Juni 1953 bieten die Möglichkeit, sowohl den Charakter der DDR als Unrechtsstaat zu beleuchten als auch an Widerständigkeit, Opposition und Selbstermächtigung in der DDR zu erinnern.
- Die inzwischen wirksam gewordene Eingliederung des Stasi-Unterlagenarchivs in das Bundesarchiv zeigt die Veränderung der Aufarbeitungsstrukturen. Innerhalb Thüringens wird diese Veränderung für die Weiterentwicklung der Aufarbeitungslandschaft genutzt. An den bisher drei BStU-Standorten in Gera, Suhl und Erfurt werden regionale Zentren der Erinnerungsarbeit und Demokratiebildung entstehen, an denen die künftigen Büros zur Antragstellung, Beratung und Information des Stasi-Unterlagenarchivs mit den lokalen Akteuren der Erinnerungsarbeit und einer landeswei-

ten Anlaufstelle zur Beratung für Menschen mit Diktaturerfahrung verknüpft sind. Dadurch wird die dezentrale Landschaft der zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereine betont.

- In diesem Sinne wurde auch der Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gestärkt.
- Die Landesregierung setzt die interministerielle Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung unter Einbeziehung des Landtags fort.

II. Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert,

- im 1. Quartal 2022 ein Konzept zur Erinnerung an den 70. Jahrestag der Grenzschießung in Thüringen zu erarbeiten und dieses gemeinsam mit dem für das Jahr 2022 vorgesehenen Bericht der Landesregierung zur Aufarbeitung des SED-Unrechts vorzulegen,
- im Verlauf des Jahres 2022 Überlegungen für die Erinnerung an den 70. Jahrestag des 17. Juni 1953 zu erarbeiten und dem zuständigen Fachausschuss des Landtags zuzuleiten,
- im Rahmen des vom Ministerpräsidenten des Freistaats Thüringen gewählten Schwerpunkts "Zusammen wachsen - Zusammenwachsen" der Bundesratspräsidentschaft 2021/2022 die Erinnerung an die Teilung der Deutschen Staaten und des damit verbundenen Leids zu berücksichtigen sowie
- in Umsetzung dieser Maßnahmen folgende Punkte zu berücksichtigen:
 1. Das Konzept soll unter Einbeziehung der Institutionen und zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereine zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Museen und Gedenkstätten sowie der schulischen und außerschulischen politischen Bildung erarbeitet werden und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und Publikationen vorsehen.
 2. Berücksichtigt werden sollen in den Veranstaltungen und Publikationen die Betroffenen, deren Existenz, Leben und Freiheit durch das SED-Regime beeinträchtigt wurden, wobei die an der Staatsgrenze Getöteten und auch die Zwangsausgesiedelten in den Mittelpunkt zu rücken sind. Der Fokus soll auf der Grenzerfahrung entlang des heutigen Grünen Bands (Grenzmuseen) und die Orte der Zwangsaussiedlungen gelegt werden.
 3. Für die Erinnerung an den 70. Jahrestag des Aufstands vom 17. Juni 1953 sollten vor allem die Orte und beispielhaft handelnde Akteurinnen und Akteure des Volksaufstands in den Blick genommen werden.
 4. Die Formate der Erinnerungsarbeit sollen insbesondere ein junges Publikum ansprechen und dieser Zielgruppe die Verweigerung elementarer Freiheiten und demokratischer Rechte und den demokratischen Kampf um eben diese Rechte und Freiheiten vermitteln.

Begründung:

Die Erinnerung an den am 13. August 1961 erfolgten Mauerbau muss in Thüringen in einen breiteren historischen Kontext gestellt werden. Es genügt nicht, des singulären geschichtlichen Ereignisses zu gedenken, denn in Thüringen begann der lange Weg zum Mauerbau bereits mit der "Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen" vom 26. Mai 1952. Auf dieser Grundlage regelte die DDR-Staatsführung die Demarkationslinie zur Bundesrepublik Deutschland ab. Flankiert wurde diese Abriegelung durch Zwangsaussiedlungen, die das durch die Teilung Deutschlands verursachte Leid zusätzlich verstärkten.

Die Erinnerung an die Schließung der innerdeutschen Grenze in Thüringen, die sich im Jahr 2022 zum 70. Mal jährt, sowie die Erinnerung an den sich im Jahr 2023 zum 70. Mal jährenden Aufstand vom 17. Juni 1953 bieten daher die Möglichkeit, den Mauerbau in einen breiteren historischen Zusammenhang zu stellen und dabei sowohl den Charakter der DDR als Unrechtsstaat zu beleuchten als auch an Widerständigkeit, Opposition und Selbstermächtigung in der DDR zu erinnern.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Blehschmidt

Für die Fraktion
der SPD:

Lehmann

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Henfling